

# BLAUER LANDKREIS

Landkreis Görlitz 02/20



## **Unausgegrenzte Regelungen**

Gerade Geringverdienende werden von den Maßnahmen nicht in ausreichendem Maß aufgefangen. Mit Sorge beobachten wir außerdem die undemokratischen Begleiterscheinungen dieser globalen Krise.

**Seite 3**

## **Sächsischer Landtag entscheidet über Nachtragshaushalt**

Am 9. April entschied der Sächsische Landtag über den gewaltigen Nachtragshaushalt von über 6,7 Mrd. Euro zur Bewältigung der Corona-Krise und hob das Neuverschuldungsverbot auf.

**Seite 4**

## **Erst untätig, dann »Shutdown«:**

Wie die Planlosigkeit der Regierung die Krise verschärft

**Seite 6**

## **Corona-Krise treibt sächsischen Tourismus in den Abgrund**

Für Deutschland aber gerade auch für Sachsen hat sich der Tourismus zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren entwickelt.

**Seite 7**

[www.afdgoerlitz.de](http://www.afdgoerlitz.de)

# Vorwort



Liebe Landsleute,

die Corona-Krise stellt unser Land vor große Herausforderungen. Die Bürger sind verunsichert angesichts täglicher Meldungen zu steigenden Infiziertenzahlen und Opfern der Corona-Pandemie. Gleichzeitig melden sich Virologen und Ärzte zu Wort, die das herrschende Narrativ in Frage stellen - und damit auch die Maßnahmen der Bundesregierung. Auch Bürgerrechtler geraten zunehmend in Aufruhr: die bereits verordneten Ausgangsbeschränkungen und Quarantäneregeln stellen einen massiven Grundrechtseingriff dar und führen schon jetzt zu massiven wirtschaftlichen Einbußen mit massiven Existenzängsten bei vielen Bürgern.

Auch wir beobachten diese Entwicklungen mit Sorge. Der eigens eingerichtete Corona-Stab der AfD-Bundestagsfraktion hält uns über die aktuellen Entwicklungen auf dem Laufenden. Die AfD hat schon früh eine die Wirtschaft erdrosselnde ShutDown-Strategie und die faktische Diktatur singulärer Virologenmeinungen in den

öffentlichen Medien kritisiert. Wie üblich fanden die Positionen der AfD in der Öffentlichkeit keine Resonanz. Deshalb haben wir in dieser Ausgabe unsere Initiativen und Positionen zu Corona noch einmal zusammengefasst.

Bei allen Sorgen, die uns die aktuelle Lage bereitet, ist es immer wichtig, auch das Positive zu sehen. Frei nach dem Motto „Krise als Chance“: Defender 2020 wurde aus Corona-Gründen abgeblasen, und vielen Menschen hat der erzwungene Ausstieg aus dem Hamsterrad dazu verholfen, ihr Leben neu zu ordnen und in sich zu gehen.

In diesem Sinne: genießen Sie den Frühling umso mehr, freuen Sie sich über die kleinen Dinge des Lebens und gehen Sie raus in die Natur. Das ist zum Glück noch nicht verboten.

*Tina Chrupalla*

## COVID-19: Erklärung zu meinem Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag

Bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag über die Gesetzesanträge der Großen Koalition am 25.3.2020 habe ich nur zwei „Corona-Gesetzen“ zugestimmt: dem Sozialschutz-Paket und dem Gesetzesentwurf zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht. Diese beiden Gesetze sind zeitlich befristet. Bei der Abstimmung zu den anderen Gesetzentwürfen habe ich mich enthalten.

Die von der Regierungskoalition und der Bundesregierung auf Grundlage der Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation nach Artikel 115 Grundgesetz angestrebten Maßnahmen bedeuten nämlich nie dagewesene und tiefgreifende Einschnitte für Wirtschaft, Gesellschaft und bürgerliche Freiheiten sowie zusätzliche Ausgaben in Höhe wohl mehrerer hundert Milliarden Euro. Welche Folgen die Maßnahmen haben, ist unklar. Selbst der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Ralph Brinkhaus, stellt in seiner Rede fest: „Aber diese Entscheidungen sind Entscheidungen unter Unsicherheit. Wir wissen nicht, ob wir jetzt alles richtig entscheiden und der Finanzminister hat's gesagt, wir können es auch nicht wissen, weil wir das alles das erste Mal machen.“ Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Rolf Mützenich äußerte sich ähnlich.

Wenn schon die Vorsitzenden der Regierungskoalition Zweifel an den eigenen Anträgen haben, dann halte ich das angesichts der Tragweite dieser Entscheidungen für äußerst bedenklich. Eine bedingungslose Zustimmung der Opposition wäre falsch. Als Abgeordneter des Deutschen Bundestages bin ich der Auffassung, dass meine Zustimmung zum Antrag über die Feststellung der außergewöhnlichen Notsituation nach Art. 115 GG an die Bedingung geknüpft sein sollte, die Wirksamkeit der Entscheidung auf einen Monat zu befristen und den Bundestag dann erneut über die Verlängerung abstimmen zu lassen. Einen entsprechenden Entschließungsantrag (Drucksache 19/18159) hat die AfD-Fraktion zur Abstimmung gestellt. Durch die Ablehnung des Befristungsantrags durch die Mehrheit des Bundestages sah ich mich gezwungen, mich bei den weitreichenden Gesetzen und Anträgen aus der Regierungskoalition zu enthalten.

## Unausgegrenzte Regelungen: Geringverdiener haben das Nachsehen

Ansonsten beobachtet die AfD-Bundestagsfraktion weiter, welche Maßnahmen der Regierung im Zusammenhang mit COVID-19 wirklich sinnvoll sind, wo man nachbessern müsste, und welche unsere Demokratie gefährden.

Gerade Geringverdienende werden von den Maßnahmen nicht in ausreichendem Maß aufgefangen. Anbei ein konkretes Beispiel: Mit dem Mindestlohn von 9,35 Euro/h bei 163 h/Monat (= 37,5 h/Woche) ergeben sich ca. 1.150 Euro netto pro Monat, z.B. als Schuhverkäuferin. Bei Kurzarbeit 0 und 60% Lohnfortzahlung ergibt dies ca. 690 Euro netto pro Monat. Viele Beschäftigte verdienen sich

in der Gastronomie mit einem 450-Eurojob etwas hinzu. Dies fällt derzeit ersatzlos weg. Sich einen neuen 450-Eurojob zu suchen, geht nicht, weil ihr dies vom Kurzarbeitergeld abgezogen wird.

Aus  $1.150 \text{ €} + 450 \text{ €} = 1.600 \text{ €}$  werden also in diesem konkreten Beispiel 690 Euro. Davon gehen 600 Euro Warmmiete inkl. Stromkosten ab, sowie die PKW-Kosten. Außerdem abzuziehen sind die Hausrat- und die Privathaftpflichtversicherung, sowie die Telefonkosten und – in diesem konkreten Fall – außerdem 45 € für eine kleine Lebensversicherung. Wovon sollen jetzt Kleidung und Essen bezahlt werden? Obwohl so viele Menschen von dieser unausgegrenzten Regelung betroffen sind, wurde dieser Sachverhalt von der Presse bislang nicht thematisiert.

## Undemokratische Begleiterscheinungen

Mit Sorge beobachten wir außerdem die undemokratischen Begleiterscheinungen dieser globalen Krise. Selbst in den offiziellen Medien wird inzwischen berichtet, dass verschiedene Konzerne an Systemen zur Datenerfassung arbeiten, die weit über das bisher gekannte Maß hinausgehen. Neben der angekündigten Kooperation von Google und Apple zu einer sogenannten „Corona-App“ (= Tracking-App) arbeiten u.a. Gruppierungen des Weltwirtschaftsforums (WEF) an einem global anwendbaren, standardisierten System der vollständigen Erfassung persönlicher Daten, wie jüngst im Handelsblatt zu lesen war. Ein Arbeitsbericht des WEF beschreibt, wie die gesammelten Daten über Algorithmen Regierungen beispielsweise in der Entscheidung beeinflussen können, ob eine Person in ein Land einreisen darf oder nicht. Als Kriterien hierfür kann das System u.a. eine automatisierte charakterliche Prüfung oder die Abfrage des medizinischen Status der einreisenden Person nutzen.

Die verwendeten Algorithmen werden dabei von privaten Unternehmen programmiert und verwaltet, die Regierungen sind lediglich die Anwender<sup>1</sup>. Damit würden die Privatunternehmen erheblichen Einfluss auf hoheitliche Aufgaben (z.B. die Einreisegenehmigung) erhalten, was eine Beschneidung der staatlichen Souveränität darstellt.

Das System des Weltwirtschaftsforums wird aktuell unter der Bezeichnung „Known Traveller Digital Identity“ (KTDI – „Der bekannte Reisende“) entwickelt. Ein weiteres, privatwirtschaftlich organisiertes Projekt in diesem Bereich ist das u.a. von Microsoft sowie der Rockefeller-Stiftung entwickelte System ID2020<sup>2</sup>. Auch die EU prüft derzeit die Anwendbarkeit derartiger Systeme unter der Bezeichnung „European Self Sovereign Identity Framework“.

Diese Entwicklung ist alarmierend. Bei aller Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung dürfen wir nicht den kritischen Blick für andere Entwicklungen verlieren, die mit COVID-19 einhergehen. Corona darf sich nicht als trojanisches Pferd entpuppen, mithilfe dessen man uns unserer Bürger- und Menschenrechte beraubt.

<sup>1</sup>[http://www3.weforum.org/docs/WEF\\_The\\_Known\\_Traveller\\_Digital\\_Identity\\_Concept.pdf](http://www3.weforum.org/docs/WEF_The_Known_Traveller_Digital_Identity_Concept.pdf)  
<sup>2</sup><https://id2020.org>

Bleiben Sie uns gewogen!

### MdB Tino Chrupalla

Mitglied des Deutschen Bundestages,  
Kreisvorsitzender der AfD Görlitz  
Bundessprecher der Alternative für Deutschland

## Globalisierung versus Nationalstaat

Mit dem Versagen des Staates bei der Vorsorge zum Schutze der Gesundheit seiner Bürger, hinterlässt die Bundesrepublik Deutschland derzeit ein wahrlich schlechtes Bild. Selbst einfachste Schutzmasken aber auch höherwertiges Schutz- und Ausrüstungsmaterial müssen aus China importiert werden, da wir selbst nicht mehr in der Lage sind, in Eigenproduktion die notwendige Ausstattung für Kliniken und Altenheime abzusichern. Dies beweist uns, dass die Globalisierung folgeschwere Probleme erzeugt. Der Nationalstaat ist dringend notwendig, um der einheimischen Bevölkerung ausreichend Arbeit und eine Versorgungssicherheit gerade im medizinischen Bereich zu garantieren.

Wir sollten uns mehr denn je auf unsere Fähigkeiten und Tugenden besinnen, welche immer die Grundlage für deutsche Wirtschaftskraft waren. Deshalb fordern wir eine Stärkung des Nationalstaates und eine Rückbesinnung auf seine zentralsten Aufgaben, den Menschen Schutz zu bieten. Sei es der Schutz vor Gewalt und sozialem Abstieg oder die Fähigkeit einer effektiven Verteidigung unserer Heimat! Es muss Schluss sein mit dem Verramschen der staatlichen Infrastruktur! Wir fordern eine Forschungs- und Infrastrukturkampagne für Sachsen und ganz Deutschland. Nicht die gewaltigen Zahlungen an die EU, NATO und UNO werden uns helfen unser Land nach vorn zu bringen, sondern nur eine Rückbesinnung auf die eigenen Stärken und Leistungen!

## Corona Pandemie als Mittel zum Zweck?

Ein Schelm wer da Böses und an längst vergangene Zeiten denkt. Der Überwachungsstaat wird zum Schutze der Bürger salonfähig gemacht. Nicht Schutzmasken und entsprechende Kleidung werden den Alten, Kranken und dem medizinischen Personal in erster Linie helfen, sondern eine so genannte „Tracking-App“ soll es nun richten! Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer geht fest davon aus, dass eine „Corona-Tracking-App“ schon bald zum Alltag der Menschen gehören wird! „Wir werden solche Apps in absehbarer Zeit alle nutzen, und zwar freiwillig“, sagte der CDU-Politiker in diversen Medien. „Auf diese Weise können wir die Einschränkungen reduzieren, die wir brauchen, bis Impfstoffe und Medikamente da sind.“ Lieber Herr Kretschmer, die im Grundgesetz verankerten freiheitlichen Grundrechte sind niemals verhandelbar! Als Ministerpräsident sollten Sie das wissen.

## Sächsischer Landtag entscheidet über Nachtragshaushalt

Am 9. April entschied der sächsische Landtag über den gewaltigen Nachtragshaushalt von über 6,7 Mrd. Euro zur Bewältigung der Corona-Krise und hob das in der Verfassung des Freistaates verankerte Neuverschuldungsverbot zum ersten Mal in seiner Geschichte auf. Über die umfangreichen Kreditlinien von über 6 Mrd. Euro und deren Mittelvergabe soll der Haushaltsausschuss in Zukunft entscheiden.

Kritik daran kam bereits vom Sächsischen Rechnungshof als auch von mir als Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses. Es wird ein Macht- und Kontrollverlust des Parlaments befürchtet! Die AfD-Fraktion hat den Gesetzesvorschlägen zum Wohl Sachsens und seiner Bürger zugestimmt - mit Bauchschmerzen. Die hatten wir vor allen Dingen, weil mit diesen großen Kreditpaketen die Haushalte der nächsten Jahre abgesichert werden sollen. Somit würden diese teilweise der Kontrolle des Parlaments entzogen.

Der nachfolgende Antrag der AfD-Fraktion wurde im Sächsischen Landtag zur Einzelabstimmung vorgelegt. Er sollte helfen, die durch die Corona-Krise entstehenden Ausgaben etwas zu schmälern. Von den Regierungsparteien, SPD und Grünen, hatten wir von vornherein nicht erwartet, dass sie für eine finanzielle Entlastung der Bürger eintreten. Die CDU hat aber nun mit ihren Ablehnungen, all dieser einzelnen, vernünftigen Punkte, erneut bewiesen, dass sie längst eine Mitläuferpartei des linksgrünen Spektrums geworden ist.

### Die CDU-geführte Schwarz Rot Grüne-Einheitsfront sollte:

1. Sich bei der Bundesregierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen eine Einführung von Corona-Bonds einsetzen;
2. Sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen eine bundesweite Einführung von Vermögensabgaben einsetzen;
3. Sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Einführung eines bundesweiten Lastenausgleichs für Immobilieneigentümer einsetzen;
4. Sich schnellstens für die Aufhebung der EU-Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland einsetzen;
5. Mittelständischen Unternehmen, mit 11 bis 249 Beschäftigten, einen Landeszuschuss in Höhe von bis zu 1.500 € pro Vollzeitstellenäquivalent als Sofortmaßnahme gewähren;
6. Sich dafür einsetzen, dass aufgrund der Corona-Krise ganz oder teilweise ausgefallene Projekte, welche dem Erhalt und der Förderung der sächsischen Lokalkultur, der Heimatpflege, des Brauchtums sowie der sorbischen Sprache dienen, bereits bewilligte Fördermittel in voller Höhe erhalten und auf entsprechende Rückforderungen verzichtet wird;
7. Sich dafür einsetzen, dass Grundrechtseingriffe zur Bewältigung der Corona-Krise alle vier Wochen auf ihre Notwendigkeit, Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit zu überprüfen sind und dem Landtag über fortbestehende Grundrechtseinschränkungen durch Allgemeinverfügungen staatlicher Stellen zu unterrichten;
8. Eine Exit-Strategie aus dem derzeitigen Shutdown zu entwickeln, sowie den Beginn des Einstiegs in den Ausstieg anhand fester Parameter zu definieren und dem Landtag unverzüglich zur Unterrichtung vorzulegen.
9. Sich dafür einsetzen, nur die tatsächlich benötigte Darlehenshöhe aufzunehmen und in einer kürzeren Frist, als nach Artikel 95 Abs. 6 der sächsischen Verfassung, zu tilgen;
10. Sich dafür einsetzen, den bereits beschlossenen Haushalt der Jahre 2019/20 auf nicht systemrelevante Ausgaben zu überprüfen und diese Ausgaben einzusparen.

### MDL Roberto Kuhnert

Bergbaupolitischer Sprecher der AfD-Fraktion und Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss des Sächsischen Landtages

# Die Corona-Pandemie hält die Welt in Atem

Liebe Mitbürger, liebe Parteifreunde und Unterstützer, die chinesische Metropole Wuhan gilt als Ausgangspunkt der Corona-Pandemie. Dort soll das Virus auf einem Wildtiermarkt vom Tier auf den Menschen übertragen worden sein. Es wird davon ausgegangen, dass die Fledermaus Überträger des Erregers ist, welcher die Krankheit COVID-19, auch genannt SARS-CoV-2, im Menschen auslöst. Des Weiteren sind Theorien im Umlauf, die besagen, dass das Virus durch einen Unfall in einem Biowaffenlabor in Wuhan freigesetzt wurde. Darüber hinaus gibt es Stimmen aus der chinesischen Führung, die von einer Einschleppung des Virus durch das US-Militär zu den internationalen Militärspielen in Wuhan im Oktober 2019 ausgehen. Neben erkältungsähnlichen Symptomen sind es besonders die schweren Verläufe mit Lungenentzündungen, hohem Fieber, Atemnot und Todesfolge, die die jetzige schwere Krise verursacht haben. In solchen Fällen müssen die Patienten auf Intensivstationen künstlich beatmet werden. Die unkontrollierte Ausbreitung in Deutschland und der Welt hätte verhindert werden können. Werfen wir einen genaueren Blick in einzelne Länder.

## Deutschland

Die Bundesregierung ist mit ihrem katastrophalen Krisenmanagement trauriger Spitzenreiter in der Reihe der Verantwortungslosen. Während andere Staaten wie Österreich längst alle Grenzen abriegelt hatten, waren in Deutschland weiter alle Tore geöffnet. Man empörte sich sogar noch medienwirksam über die „Alleingänge“ einzelner Staaten, welche zum Schutz ihrer Bevölkerung die Grenzen geschlossen hatten. US-Präsident Trump wurde mit seinem verhängten Einreiseverbot von Bürgern der EU auch wieder gezielt an den Pranger gestellt und die alte Leier vom „Nationalismus“ wurde wieder geschürt, einfach unfassbar! Das ist inzwischen leider typisch für Deutschland. An den Schutz der eigenen Bevölkerung wird erstmal nicht gedacht und so wurde sogar der unkontrollierte Flugverkehr über lange Zeit weiter aufrechterhalten. Als man davon ausgehen musste, dass das Virus auch Europa und Deutschland erreichen wird, schickte Heiko Maas noch Schutzausrüstung wie Atemmasken nach China, anschließend fehlten die wichtigen medizinischen Güter in Deutschland. Pleiten, Pech und Pannen auf ganzer Linie – so ging z.B. eine Bundeswehr-Bestellung von 6 Millionen Schutzmasken in Kenia auf unerklärliche Weise verloren. Das Krisenmanagement von Jens Spahn lässt ebenfalls zu wünschen übrig. Monatelang hat er die Situation verharmlost und beteuert, dass Deutschland vorbereitet sei.

## Italien

Kein Land in Europa wurde von der Corona-Pandemie so schwer getroffen wie Italien. Inzwischen meldet das Land deutlich mehr Infektionen als China und ca. 10 % aller Corona-Erkrankungen führen zum Tod. Virologen gehen jedoch von einer hohen Dunkelziffer an COVID-19-Fällen aus, sodass die Sterblichkeitsquote mit ca. 2 % deutlich niedriger liegen würde als offiziell angegeben. Die hohen Fallzahlen deuten darauf hin, dass sich das Virus bereits längere Zeit in Italien unbemerkt ausgebreitet hatte. Das hohe Durchschnittsalter der Italiener und die starke Bevölkerungsdichte im nördlichen Epizentrum mit Industriekonzentration und überdurchschnittlicher Luftverschmutzung führen ebenfalls laut Virologen zu höheren Erkrankungs- und Todesfallzahlen. Fakt ist eins, Italien und Europa stehen hier vor einem Dilemma. Die Wirtschaft liegt am Boden und

die italienische Staatsschuldenquote betrug im Jahr 2018 bereits ca. 135 % des BIP. In Deutschland waren es zum Vergleich ca. 62 %. Die Regierung Italiens fordert bereits energisch einheitliche Corona-Anleihen zur weiteren Verschuldung in Europa und einen Wiederaufbauplan für die Zeit nach der Krise. Gleichzeitig versucht man Deutschland mit seiner sogenannten „historischen Verantwortung“ moralisch zu erpressen. Der Wohlstand und die Ersparnisse der Deutschen sind wie niemals zuvor in großer Gefahr.

## Polen

Polen hat rund die Hälfte der Einwohnerzahl Deutschlands, aber ca. 30-mal weniger Infizierte, wie kommt das? Als die ersten Corona-Fälle in Polen auftauchten (Rückkehrer aus Holland, Italien, Großbritannien), zögerte die polnische Regierung nicht lange und schloss ihre Grenzen komplett für Ausländer. Polen, die aus anderen Staaten heimkehrten, wurden erfasst und in eine 14-tägige Quarantäne geschickt. Außerdem wurden sofort alle Schulen und Kindergärten geschlossen. Als nächste Maßnahme wurde das öffentliche Leben lahmgelegt. Zuerst wurden Theater, Kinos, Museen, kurz danach Hotels, Restaurants und Einkaufszentren geschlossen. Was passierte in Deutschland zu dieser Zeit - nichts! Am 24.03. folgte dann die Ausgangssperre, obwohl es zu diesem Zeitpunkt erst 900 Infizierte landesweit gab, da hatte Deutschland schon 33.000 Infizierte. Die polnische Regierung legte ein Krisenschutzschild auf, mit dem vor allem kleinen und mittleren Unternehmen geholfen wird, so brauchen sie z.B. keine Sozialversicherungsbeiträge für ihre Mitarbeiter zahlen. Bei Unternehmen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten, übernimmt der Staat 50 % der Lohnfortzahlung für die Mitarbeiter, außerdem werden kleine, nicht rückzahlbare Finanzhilfen ausgegeben. Unsere Spitzenpolitiker, die im Ausgeben deutschen Steuergeldes Spitze sind, haben hier auf ganzer Linie versagt. Alle angelaufenen Maßnahmen kamen zu spät oder wurden nur halbherzig umgesetzt. Ob Spahn, Merkel oder Söder – es wurde viel geredet, aber gehandelt wurde erst, als die Ausbreitung schon ein verheerendes Ausmaß angenommen hatte. Söder zog in Bayern noch schnell die Kommunalwahlen durch, wo sich wahrscheinlich Tausende ansteckten und stellte sich hinterher als der große Krisenmanager hin. Es gab massive Kritik an Polen wegen der Grenzschließung, aber letztendlich muss man sagen, die Zahlen geben Polen heute Recht!

Blieben Sie gesund - Ihr Jens Oberhoffner



## MdL Jens Oberhoffner

Mitglied im Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Ausschuss für Regionalentwicklung, Sprecher für regionale Zusammenarbeit mit Tschechien und Polen

## Erst untätig, dann »Shutdown«: Wie die Planlosigkeit der Regierung die Krise verschärft.

Bei einer Pandemie verläuft der Ausbreitungsprozess exponentiell. Konsequente Maßnahmen im Anfangsstadium der Ausbreitung sind daher entscheidend für den weiteren Verlauf. Die sächsische AfD-Fraktion hatte bereits Anfang März – noch bevor erste Corona-Fälle im Freistaat bekannt wurden – per Antrag Maßnahmen zur Infektionsverdachtserkennung im Fernverkehr gefordert.

Zu diesem Zeitpunkt hätten insbesondere Einreisende als viraler Verbreitungsfaktor konsequent kontrolliert werden müssen. Dies hätte dem Freistaat einen wertvollen Zeitbonus verschafft. Doch die sächsische Staatsregierung ließ Fernreisende nicht kontrollieren. Auch nicht Personen, die aus Risikogebieten, wie Iran kommen.

Mit Aufkommen der ersten Corona-Fälle im Freistaat legte die AfD-Fraktion am 13. März mit einem Dringlichkeitsantrag die nächste Initiative zur Bekämpfung des Coronavirus vor. Die Staatsregierung wurde darin u.a. aufgefordert den Katastrophenalarm auszulösen, Maßnahmen zur Früherkennung und Infektionsprävention auszuweiten, Kitas und Schulen zu schließen sowie alle Veranstaltungen zu untersagen. Eine Kernforderung: Schutz der deutschen Außengrenzen und flächendeckende Gesundheits-Checks von Fernreisenden.

Die sächsische Staatsregierung ließ die entscheidende Phase zur Eindämmung des Virus jedoch ungenutzt verstreichen. Viel zu lange blieben Schulen und Kindergärten geöffnet. Fernreisende wurden nicht kontrolliert. Nicht einmal aus Risikogebieten. Den Antrag der AfD-Fraktion lehnten die »Kenia«-Parteien ab.

Hätte die Regierung rechtzeitig gehandelt, auch mittels lokaler Isolation, wäre ein landesweiter »Shutdown« vermeidbar gewesen. Die Stilllegung des öffentlichen Lebens, die Einschränkung persönlicher Freiheiten und die Gefährdung ganzer Wirtschaftssektoren resultieren aus den Versäumnissen zu Beginn der Ausbreitung – ja, aus den Versäumnissen der letzten Jahre, weil die Verantwortlichen bereits seit dem Jahr 2013 über die Gefahr einer Pandemie informiert waren.

Die nun angekündigten Lockerungen der Corona-Erlasse sind überfällig. Die Wirtschaft muss jetzt wieder in Gang kommen. Sonst geht Sachsen bei der schon jetzt beginnenden Neuverteilung der weltweiten Absatzmärkte leer aus. Aber auch in dieser Phase folgt die Staatsregierung keinem stringenten Plan. Warum muss z.B. die Gastronomie weiter dicht bleiben? Das Infektionsrisiko ist im Restaurant nicht höher als im Supermarkt. Schon jetzt sind ein Drittel der hiesigen Lokale von der Pleite bedroht. Die Landesregierung gibt ihnen keine Perspektive. Daher haben wir als AfD-Fraktion per Entschließungsantrag in der vorigen Woche gefordert, dass die Landesregierung eine Exit-Strategie aus dem »Shutdown« entwickelt, die fest definierten Parametern folgt.

So, wie die Öffnungsstrategie des US-Präsidenten Trump, die Landkreisen immer dann Lockerungen gestattet, wenn diese über 14 Tage hinweg sinkende Fallzahlen nachweisen können. Kurz: Wir wollen, dass die Landesregierung plan- und verhältnismäßig vorgeht

und ihr Vorgehen nachvollziehbar und transparent kommuniziert. Dies ist das Mindeste, was sie jetzt tun kann, nachdem sie durch ihre Untätigkeit Anfang März die Gefahr durch Corona erst verschlimmerte.

### Was ist das »Notparlament«?

Gemäß Artikel 113 der Sächsischen Verfassung kann für den Krisenfall ein Ausschuss einberufen werden, der das Parlament ersetzt: Das Notparlament. Ihm gehören Vertreter aller Fraktionen an.

Ein Krisenfall liegt vor, wenn die demokratische Grundordnung gefährdet ist oder die Versammlung des Landtages durch Naturkatastrophen oder besonderes schwere Unglücksfälle verhindert wird.

Ob ein solcher Krisenfall vorliegt, entscheidet der Landtagspräsident. Kann das Parlament hingegen normal tagen, trifft sich der Ausschuss einmal jährlich und lässt sich von der Regierung über die Vorkehrungen für einen Krisenfall berichten.

Solange der Landtagspräsident die Verhinderung des regulären Parlamentes nicht feststellt und dem Notparlament die Rechte des Landtages überträgt, können dort keine Entscheidungen getroffen werden.

Dies war die Situation im März dieses Jahres, als diverse Zeitungen titelten »AfD zwingt Sachsens Landtag trotz Coronakrise zur Sitzung«.

Allerdings standen zu diesem Zeitpunkt wegweisende Entscheidungen über das Handeln des Freistaates im Zuge der Corona-Krise an. Entscheidungen über Gesetze und Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und der wirtschaftlichen Existenz der Menschen im Freistaat. So erforderte ebenso der von der AfD-Fraktion zu diesem Zwecke vorgelegte Dringlichkeitsantrag ein beschlussfähiges Parlament. Aus diesem Grund bestand die AfD-Fraktion auf eine ordentliche Sitzung des Landtages. Unsere Position: Parlamentarier dürfen nicht als erste von Bord gehen, wenn es kritisch wird. Entscheidungen müssen auch und gerade in Krisenzeiten getroffen werden.



#### MdL Sebastian Wippel

Innenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion; Innenausschuss, Parlamentarisches Kontrollgremium, Stellvertreter im Verfassungs- und Rechtsausschuss, Mitglied im Landesvorstand

## Corona-Krise treibt sächsischen Tourismus in den Abgrund

Für Deutschland aber gerade auch für Sachsen hat sich der Tourismus zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren entwickelt. Er trägt zu Wachstum und Beschäftigung bei. Daher ist es kein Geheimnis, in welcher ökonomischen Abhängigkeit zum Tourismus und der dazugehörigen Industrie Sachsen und Deutschland steht. Eine Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zeigt auf, dass im Jahr 2015 in- und ausländische Touristen mehr als 287 Milliarden Euro für Güter und Dienstleistungen in Deutschland ausgegeben haben. Die Bruttowertschöpfung stieg von 2012 bis 2015 dabei um etwa 8,5 % auf über 105 Milliarden Euro an. Allein im Jahr 2015 bot die Tourismusindustrie rund 3 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz. Diese Zahlen spiegeln allerdings „nur“ die direkt Beschäftigten und die direkte Wertschöpfung wider. Berücksichtigt man diverse Vordienstleistungen, lässt sich erkennen, dass hier noch einmal rund 76 Milliarden Euro Wertschöpfung und ca. 1,25 Millionen Beschäftigte hinzugezählt werden müssen, um sich dem realen Ausmaß anzunähern. Doch das ist längst nicht alles. Denn die positiven Einflüsse der Tourismuswirtschaft sendeten auch positive Signale für andere Wirtschaftsbereiche wie Handel, Handwerk oder Landwirtschaft aus. Bei der Zahl der Übernachtungen überflügelte das Jahr 2018 – zum neunten Mal in Folge – das Vorjahr. So kann man auf der Internetseite des BMWi nachlesen, dass im Jahr 2018 rund 477,6 Millionen Übernachtungen von in- und ausländischen Touristen und Geschäftsreisenden gebucht und gezahlt worden sind. Diese Zahl der Übernachtungen übertraf die Zahlen des Vorjahres um 4 %. Bricht man die Zahlen auf unseren Freistaat herunter, so begrüßten wir im Jahr 2018 rund 8,18 Millionen Gäste und beherbergten über 20 Millionen Übernachtungsgäste in Sachsen. Auch dies brach erneut den Rekord des Vorjahres um 4,0 bzw. 2,9 %. Es ist jedoch vor allem unser Mittelstand, der die Tourismuswirtschaft prägt. Die Zahlen des BMWi zeigen, dass es in Deutschland über 2.500 Reiseveranstalter, 4.000 Busunternehmer, knapp 10.000 Reisebüros und mehr als 221.000 Betriebe im Gastgewerbe gibt. Das Gastgewerbe teilt sich hier in rund 44.120 Beherbergungsunternehmen und ca. 163.400 gastronomische Betriebe auf. Das sind Zahlen, die beeindrucken, jedoch in Hinblick auf die aktuelle Krise sehr nachdenklich stimmen. Es sind sehr harte Einschnitte mit erheblichen Verlusten für unsere Tourismusindustrie, die die Reaktion der Regierung auf die Corona-Krise mit sich bringt. Sachsens Tourismus muss jetzt schon mit herben Umsatzrückgängen leben, da dieser fast völlig zum Erliegen gekommen ist. Der hier entstandene und nachhallende Schaden wird schwer zu beziffern sein. Gewiss ist allerdings, dass der sächsischen Tourismuswirtschaft viele Millionen Euro fehlen werden. Um Unternehmen zu helfen, haben Bund und Länder verschiedene Soforthilfe-Programme aufgelegt. Sachsen geht hier einen ganz eigenen Weg. Jeder Unternehmer und Soloselbstständige kann einen zinslosen Sofortkredit in Höhe von bis zu 50.000 Euro von der Sächsischen Aufbaubank beantragen. Der Bund stellt über die Bundesländer einen Soforthilfe-Zuschuss bereit. Soloselbstständige und Firmen mit bis zu 5 Mitarbeitern erhalten bis zu 9000 Euro. Für Firmen mit bis zu 10 Mitarbeitern stehen bis zu 15.000 Euro bereit, wobei kein Rechtsanspruch auf Förderung besteht. Die Regierung muss hier wesentlich mehr bewegen als mit Krediten um sich zu werfen, welche die Unternehmen zurückzahlen müssen. Es muss gelingen, Subventionen bereitzustellen, um die

Lebensgrundlage von Unternehmen und deren Angestellten zu sichern. Das es funktionieren kann, zeigt z.B. Bayern. Hier erhalten Unternehmen eine Soforthilfe von bis zu 50.000 Euro bei bis zu 250 Mitarbeitern. Mecklenburg-Vorpommern hilft Unternehmen mit bis zu 100 Beschäftigten mit einer nicht zurückzahlbaren Soforthilfe von bis zu 60.000 Euro. Einen Link zum entsprechenden Antrag (Sachsen hilft Sofort) finden Sie auch auf meiner Internetseite [www.mario-kumpf.de](http://www.mario-kumpf.de). Der Corona-Hilfe-Button auf der Startseite führt Sie zum Antrag. In Zeiten von Ausgangsbeschränkungen, fehlenden Desinfektionsmitteln – welche Apotheken herstellen dürfen, aber nicht können, weil die Grundsubstanzen nicht geliefert werden – oder dringend benötigte Schutzausrüstung im Gesundheitswesen fehlen, haben Abgeordnete der AfD-Fraktion in Sachsen eine Mundschutz-Verteil-Aktion gestartet, um den Lieferschwierigkeiten entgegenzuwirken. Aus diesem Grund produziert für uns eine Schneiderei aus Dresden Mundschutz aus Stoff, welche ich kostenfrei an gesundheitsrelevante Einrichtungen in meinem



Wahlkreis 59 Löbau verteile. Dieser Mundschutz besteht zu 100 % aus Baumwolle und kann jederzeit gewaschen und wiederverwendet werden. Das schont die Umwelt und gleicht etwaige Lieferengpässe aus.

**Bleiben Sie gesund!**  
Ihr Mario Kumpf



### **MdL Mario Kumpf**

Ausschüsse Umwelt, Natur, Forst & Wirtschaft; Arbeit und Verkehr; Sprecher für Landtourismus

# Neues von der AfD-Kreistagsfraktion Görlitz



## Was waren die Schwerpunkte unserer Arbeit im 1. Quartal 2020?

Die Afrikanische Schweinepest rückte zu Beginn des Jahres bedrohlich nahe an unseren Landkreis heran.

Die Landkreisverwaltung hatte bereits einige Maßnahmen zur Verhinderung ergriffen. Aus unserer Sicht war das jedoch noch nicht ausreichend. Aus diesem Grund brachten wir

unseren ersten Antrag in der aktuellen Wahlperiode ein. Kreisrätin Silke Grimm war für diesen Antrag federführend. Sie formulierte folgende Forderungen:

- Alle Jagdscheininhaber im Landkreis sind postalisch über die ernste Situation im Falle eines Ausbruchs zu informieren.
- Dieses Schreiben soll Hinweise zum richtigen Verhalten beim Auffinden von toten Wildschweinen geben sowie Rufnummern mitteilen.
- Kurzfristig sind verpflichtende Schulungstermine zu diesem Thema für alle Jagdscheininhaber anzubieten.

Dieser Antrag wurde in den Ausschüssen kontrovers diskutiert und erhielt fraktionsübergreifend Zustimmung wie auch Ablehnung. Parallel begann die Landkreisverwaltung bereits Punkte 1 und 2 unserer Forderungen zu erfüllen. Die dritte Forderung erhielt im Kreistag mit 28 Ja-Stimmen, bei 25 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen die erforderliche Mehrheit. Wir freuen uns über die Annahme unseres Antrags!

Desweiteren hinterfragten wir zu den unterschiedlichsten Themen die Arbeit der Kreisverwaltung. Sei es eine Anfrage zu den Sozialleistungen für Eingebürgerte (von S. Wippel), sei es eine Anfrage zum Mobilfunkausbau (von J. Glasewald) oder sei es eine Anfrage zur Umsetzung des Onlinegesetzes (von P. Stahn). Das ist nur ein Auszug. Alle Anfragen und Antworten des Landrats veröffentlichen wir auf unserer Homepage. Schauen Sie doch mal vorbei unter: [www.afdgoerlitz.de/kreistagsfraktion](http://www.afdgoerlitz.de/kreistagsfraktion) oder auch bei Facebook: [www.facebook.com/afdgoerlitz.de](http://www.facebook.com/afdgoerlitz.de).

An dieser Stelle möchten wir Sie wieder auffordern, mit Ihren Fragen und Problemen auf uns zuzukommen. Gerade in der aktuell ungewöhnlichen Zeit können Sie beobachten, wie breit wir aufgestellt sind und wie kontrovers wir diskutieren. Wir verschließen uns dabei keinem Dialog und bieten bei Bedarf gerne auch den anderen Fraktionen wie der Verwaltung unsere Hilfe und Unterstützung an. Wenden Sie sich mit Ihren Anliegen vertrauensvoll an unsere Geschäftsstelle, die wir zum 01.02.2020 eröffnet haben. Das Büro befindet sich in Görlitz, Berliner Straße 51. Die Geschäftsstelle ist jeweils dienstags und donnerstags von 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr besetzt.

Telefonisch erreichen Sie uns unter 0172 7018746 oder per E-Mail unter folgender Adresse: [kreistag@afdgoerlitz.de](mailto:kreistag@afdgoerlitz.de).

Gerne können Sie darüber hinaus jederzeit Gesprächstermine mit einzelnen Kreisräten vereinbaren.

## Unsere Büros im Landkreis

**Weißwasser** | MdB Tino Chrupalla, MdL Roberto Kuhnert  
Muskauer Straße 73, 02943 Weisswasser  
Telefon: 03576/2186678

Öffnungszeiten: Mo. 14:00 – 18:00 Uhr  
Di. 09:00 – 15:00 Uhr  
Mi. 09:00 – 12:00 Uhr  
Do. 09:00 – 12:00 Uhr

**Niesky** | MdB T. Chrupalla, MdL R. Kuhnert, MdL J. Oberhoffner  
Muskauer Straße 1, 02906 Niesky  
Telefon: 03588 / 2593281

Öffnungszeiten: Di. 09:00 – 13:00 Uhr  
Mi. 12:00 – 16:00 Uhr

**Löbau** | MdB T. Chrupalla, MdL M. Kumpf  
Breitscheidstraße 42, 02708 Löbau  
Telefon: 03585 / 4524793

Öffnungszeiten: Mo. 10:00 – 18:00 Uhr  
Di. 10:00 – 18:00 Uhr  
Mi. 14:00 – 18:00 Uhr  
Fr. 09:00 – 12:00 Uhr

**Görlitz** | MdB T. Chrupalla, MdL S. Wippel, Kreistagsfraktion  
Berliner Straße 51, 02826 Görlitz  
Telefon: 03581/6861634

Öffnungszeiten: Mo. 09:00 – 12:00 Uhr  
Mi. 13:00 – 17:00 Uhr  
Fr. 09:00 – 12:00 Uhr

**Zittau** | MdB T. Chrupalla, MdL J. Oberhoffner  
Äußere Weberstraße 19, 02763 Zittau  
Telefon: 03583/5627090

Öffnungszeiten: Di. 09:30 – 17:30 Uhr  
Do. 12:30 – 16:30 Uhr  
Fr. 13:00 – 15:00 Uhr

[www.afdgoerlitz.de](http://www.afdgoerlitz.de)



## Impressum

### Herausgeber:

ZUNEX Media GmbH  
Hauptstraße 38  
D-02829 Markersdorf

V.i.S.d.P.: Tino Chrupalla, ausgenommen Seite 4: Mario Kumpf, Seite 5: Jens Oberhoffner, Seite 6: Sebastian Wippel, Seite 7: Roberto Kuhnert, Seite 8: Jens Glasewald  
Salomonstraße 1, 02826 Görlitz  
Telefon: 03581/68 616 34, E-Mail: [vorstand@afdgoerlitz.de](mailto:vorstand@afdgoerlitz.de)

### Druck & Verlag:

ZUNEX Media GmbH  
Hauptstraße 38  
D-02829 Markersdorf